

**CONFIDENTIAL  
SECURITY INFORMATION**

German Democratic Republic

GER LEGAL GAZETTES, NOS 84 AND 86 (12 pp; German; Date of distribution: 1 Sep 53)

This document consists of two original issues of the Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (GER Legal Gazette).

The first issue, No 84, dated 8 Jul 53, contains the following regulations:

- 1) Second Supplement to the Decree on the Compulsory Delivery and Purchase of Agricultural Products for the Year 1953, dated 6 Jul 53
- 2) First Implementing Provision to the Second Supplement to the Decree on the Compulsory Delivery and Purchase of Agricultural Products, dated 7 Jul 53
- 3) Second Implementing Provision for the Decree on the Acceptance of New Types of Cultivated Plants, dated 20 Jun 53.

The second issue, No 86, dated 17 Jul 53, contains the following regulations:

- 1) Price Regulation No 313 -- Decree on the Wholesale and Retail Prices of Fresh Vegetables and Fruits, dated 14 Jul 53
- 2) First Implementing Provision for the Decree on the Reorganization of Voluntary Insurance Programs under the Social Insurance System, dated 6 Jul 53
- 3) First Implementing Provision to the Decree on the Rights of Private Citizens in Tax Collection Cases, dated 4 Jul 53
- 4) First Implementing Provision to the Decree on the Setting-up of Foreign Exchange Plans, dated 6 Jul 53
- 5) Second Implementing Provision to the Decree on Simplified Assessment of Corporate Taxes in People-Owned Industry, dated 8 Jul 53
- 6) Decree on the Cleaning of Chimneys and Flues and Their Inspection for Safe and Proper Functioning, dated 9 Jul 53
- 7) First Implementing Provision for the Decree on the Cleaning of Chimneys and Flues and Their Inspection for Safe and Proper Functioning. Regulation for the Computation of Fees for Cleaning Chimneys and Flues.

**CONFIDENTIAL**

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

INFORMATION REPORT

CONFIDENTIAL  
SECURITY INFORMATION

COUNTRY	East Germany	REPORT	
SUBJECT	East German <u>Gesetzblaetter</u> Nos. 84 and 86	DATE DISTR.	1 September 1953
DATE OF INFO.		NO. OF PAGES	1
PLACE ACQUIRED		REQUIREMENT NO.	RD
		REFERENCES	50X1-HUM



THE SOURCE EVALUATIONS IN THIS REPORT ARE DEFINITIVE.  
THE APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

50X1-HUM

Enclosures: East German Gesetzblaetter Number 84, dated 8 July (2 pages) and Number 86, dated 17 July 1953. (4 pages) 50X1-HUM

CONFIDENTIAL

STATE	ARMY	NAVY	AIR	FBI	AEC	OCD	X
-------	------	------	-----	-----	-----	-----	---

# GESETZBLATT

der  
Deutschen Demokratischen Republik

1953

Berlin, den 8. Juli 1953

Nr. 84

Tag	Inhalt	Seite
6. 7. 53	Zweite Ergänzung der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse für das Jahr 1953 .....	849
7. 7. 53	Erste Durchführungsbestimmung zur Zweiten Ergänzung der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse .....	850
20. 6. 53	Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Zulassung von Kulturpflanzenarten .....	850

## Zweite Ergänzung \* der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse für das Jahr 1953.

Vom 6. Juli 1953

Zur schnellen Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung in den Städten und Industriezentren mit Gemüse, Obst und Wildfrüchten, zur Förderung des Anbaues von Gemüse sowie zur Steigerung der Produktion von Obst und Gemüse wird in Ergänzung der §§ 45 bis 48 der Verordnung vom 22. Januar 1953 über die Pflichtablieferung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse für das Jahr 1953 (GBl. S. 175) folgendes verordnet:

## § 1

Das Ablieferungssoll für Gemüse für das Jahr 1953 wird von 700 000 t auf 400 000 t herabgesetzt. Das Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf hat festzulegen, bei welchen Gemüsearten diese Herabsetzung eintritt. Auf Wunsch der Erzeuger sind aber die VEAB verpflichtet, das ursprünglich festgesetzte Ablieferungssoll für die einzelnen Gemüsearten in voller Höhe abzunehmen.

## § 2

Jeder ablieferungspflichtige oder ablieferungsfreie Erzeuger einschließlich der gewerblichen Gartenbaubetriebe, die LPG und die VEG, die ihr Ablieferungssoll an Gemüse und Obst entsprechend den im § 4 festgelegten Bedingungen erfüllt haben, sind berechtigt, im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik oder im demokratischen Sektor von Groß-Berlin Gemüse und Obst ab Hof, auf Bauern- oder Wochenmärkten, in eigenen Läden oder Verkaufsständen auf den zugelassenen Plätzen frei zu verkaufen.

## § 3

Die Preise von Obst, Gemüse und Wildfrüchten beim freien Aufkauf unterliegen der freien Vereinbarung.

\* 1. Ergänzung (GBl. S. 783).

## § 4

Die im § 2 genannten Erzeuger können Gemüse frei verkaufen, wenn das monatliche Ablieferungssoll erfüllt ist, und Obst, wenn die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem VEAB zum Zeitpunkt des Verkaufs eingehalten sind.

## § 5

(1) Zum freien Auf- und Verkauf von Gemüse, Obst und Wildfrüchten sind die VEAB, die kommunalen Handelsunternehmen, HO, die Konsumgenossenschaften, Betriebs- und Werkküchen, alle privaten Groß- und Kleinhändler, Gaststätten, Hotels und Fremdenheime berechtigt, sowie die Kinderheime, Altersheime, Krankenhäuser und ähnliche soziale Einrichtungen.

(2) Der private Groß- und Kleinhandel kann auch im Vertragsverhältnis zu den VEAB für diese Gemüse und Obst erfassen und aufkaufen.

(3) Der freie Auf- und Verkauf ist mengenmäßig nicht begrenzt.

(4) Die Berechtigung für den freien Auf- und Verkauf gilt für das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und den demokratischen Sektor von Groß-Berlin.

## § 6

Für den freien Auf- und Verkauf von Gemüse und Wildfrüchten bedarf es keiner Aufkaufs- und Verkaufsberechtigung der Räte der Gemeinden.

## § 7

Die Bevölkerung kann ihren Bedarf an Gemüse und Obst unmittelbar ab Hof bei den Erzeugern, die zum Verkauf berechtigt sind, decken.

## § 8

Durchführungsbestimmungen erläßt das Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf.

## § 9

- (1) Die Verordnung tritt mit dem 8. Juli 1953 in Kraft.  
 (2) Entgegenstehende Bestimmungen treten gleichzeitig außer Kraft.

Berlin, den 8. Juli 1953

**Die Regierung der  
 Deutschen Demokratischen Republik**  
 Der Ministerpräsident  
 Grotewohl

Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf  
 landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Streit  
 Staatssekretär

**Erste Durchführungsbestimmung  
 zur Zweiten Ergänzung der Verordnung über  
 die Pflichtablieferung und den Aufkauf landwirt-  
 schaftlicher Erzeugnisse.**

Vom 7. Juli 1953

Auf Grund des § 8 der Zweiten Ergänzung vom 6. Juli 1953 der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse für das Jahr 1953 (GBl. S. 849), in folgendem kurz Ergänzung genannt, wird folgendes bestimmt:

**Zu § 1 der Ergänzung**

§ 1

(1) Zufolge der allgemeinen Herabsetzung des Ablieferungssolls für Gemüse wird für jeden ablieferungspflichtigen Erzeuger von Gemüse das für 1953 mittels Ablieferungsbescheides festgesetzte Gemüseablieferungssoll in den einzelnen Gemüsearten wie folgt ermäßigt:

1. Weißkohl, früh, um 40 %,
2. Weißkohl, spät, um 40 %,
3. Rotkohl, früh, um 50 %,
4. Rotkohl, spät, um 50 %,
5. Wirsing, früh, um 60 %,

6. Wirsing, spät, um 50 %,
7. Blumenkohl, früh, um 50 %,
8. Blumenkohl, spät, um 60 %,
9. Möhren, früh, um 60 %,
10. Möhren, spät, um 50 %,
11. Lauchzwiebeln um 50 %,
12. Knollenzwiebeln um 20 %,
13. Bohnen um 40 %,
14. Erbsen um 50 %,
15. Gurken um 30 %,
16. Tomaten um 30 %,
17. Rosenkohl um 20 %,
18. Sellerie um 20 %,
19. Porree um 60 %,
20. Kohlrüben um 60 %,
21. Rote Rüben um 30 %,
22. Wurzelpetersilie um 60 %,
23. Rhabarber um 60 %.

(2) Diese im Abs. 1 festgesetzten Ermäßigungen des Gemüseablieferungssolls sind den Erzeugern durch die Räte der Gemeinden mittels einer besonderen Anlage zum Ablieferungsbescheid (Ermäßigungsbescheid) schriftlich bekanntzugeben.

§ 2

Die Räte der Kreise haben die Räte der Gemeinden bei der Durchführung der vorliegenden Bestimmungen anzuleiten und zu kontrollieren, daß jeder Erzeuger von Gemüse von den ihm zustehenden Ermäßigungen unterrichtet ist.

§ 3

(1) Diese Durchführungsbestimmung tritt mit dem 8. Juli 1953 in Kraft.

(2) Entgegenstehende Bestimmungen treten gleichzeitig außer Kraft.

Berlin, den 7. Juli 1953

**Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf  
 landwirtschaftlicher Erzeugnisse**  
 Streit  
 Staatssekretär

**Zweite Durchführungsbestimmung \*  
 zur Verordnung über die Zulassung von Kulturpflanzenarten.**

Vom 20. Juni 1953

Auf Grund des § 2 Abs. 2 der Verordnung vom 3. Oktober 1952 über die Zulassung von Kulturpflanzenarten (GBl. S. 1032) wird folgendes bestimmt:

**I. Landwirtschaftliche Pflanzenarten**

§ 1

In die Sortenliste der zugelassenen Sorten von Kulturpflanzen werden folgende Sorten neu aufgenommen:

Fruchtart	Sortenname	Bisherige Stammesbezeichnung
Winterweizen .....	Hadmerslebener VIII .....	Hadmerslebener 2384/46
Sommergerste .....	Elsa .....	Kleinwanzlebener 5402/44
Futtererbsen .....	Waldmanns Futterfreude .....	Waldmanns Nz II
Ackerbohnen .....	Dornburger .....	Dornburger

\* 1. Durchf. (GBl. 1952 S. 1033)

## § 2

Die Fruchtarten

Inkarnatklee, Futterroggen und Sonnenblumen

werden neu in die Sortenliste unter der Rubrik „Futterpflanzen“ mit folgenden Sorten aufgenommen:

Inkarnatklee .....	Bernburger .....	Bernburger .....
Futterroggen .....	Bernburger .....	Bernburger .....
Sonnenblumen .....	Bernburger Futter .....	Bernburger .....

## § 3

Nachstehende in der Sortenliste aufgeführte Sorten laufen wie folgt aus:

Fruchtart	Sortenname	Letztmalig im Handel
Winterroggen .....	Karlshulder .....	1953
Winterweizen .....	Langensteiner Braun .....	1956
Sommerroggen .....	Karlshulder .....	1953
Sommergerste .....	Bernburger .....	1956
	Haisa .....	1957
	Kleinwanzlebener .....	1956
	Quedlinburger .....	1956
Mais .....	Janetzki's Astra .....	1954
Trockenspeiseerbsen .....	Gatterstädter Gelbe .....	1956
	Quedlinburger Favorit .....	1956
Ackerbohnen .....	Rastatter Kleinkörnige .....	1956
	Schlanstedter .....	1956
Lupinen .....	Gülzower Bittere .....	1955
Winterrüben .....	Grubers .....	1954
Kartoffeln		
mittelfrühe .....	Flava .....	1958
weißfleischige mit weißer Schale	Wekaragis .....	1953

## II. Gartenbauliche Pflanzenarten

## § 4

In die Sortenliste werden folgende Sorten neu aufgenommen:

Fruchtart	Sortenname	Bisherige Stammesbezeichnung
<b>als Einzelsorten (Hochzuchten)</b>		
Radies .....	Voran .....	Quedlinburger 560
	Feuerkugel .....	Quedlinburger 562
Stabtomaten .....	Fanal .....	Quedlinburger 50/26—7
	Harzer Kind .....	Quedlinburger 807
Buschbohnen		
Grünhülsig ohne Fäden .....	Maßliebchen .....	A. H. St. 46/1819
Markerbsen .....	Fabula .....	Quedlinburger 50/43—1659
Erdbeeren		
Einmaltragende .....	Brandenburg .....	Müncheberger Kl. 31—157—1
Stachelbeeren		
Grüne/weißlichgrüne .....	Perle der Mark .....	Müncheberger Kl. 38—88—8
<b>als Gruppensorte</b>		
Kohlrabi .....	Blauer Schoßfester .....	Chrestensen St. 2269/IIA + Blauer Treib Reinhold

## § 5

Folgende Sortennamen werden umbenannt und künftig unter nachstehenden Bezeichnungen in der Sortenliste geführt:

Fruchtart	Bisheriger Sortenname	Neuer Sortenname
Melonen .....	Heinemanns Freiland* .....	Erfurter Netz*
Eierfrüchte .....	Erfurter Frühviolette* .....	Frühviolette*
	Heinemanns Deutsche* .....	Lange Frühreifende*
Zuckererbsen .....	Eislebener Zucker* .....	Zuckerperle*

## § 6

Nachstehende in der Sortenliste aufgeführte Sorten laufen wie folgt aus:

Fruchtart	Sortenname	Letztmalig im Handel
Wirsingkohl .....	Bonner Advent .....	1956
Kohlrabi .....	Benarys Herbst* .....	1956
	Triumph von Quedlinburg .....	1956
Radies .....	Riesen Bütter .....	1957
Zwiebeln .....	Gelbe Frühlingszwiebel .....	1953
Kopfsalat .....	Maikönig Treib .....	1956
Stabtomaten .....	Hellfrucht .....	1957
Buschbohnen		
Grünhülsig mit Fäden .....	Mittelfrühe Riesen .....	1956
Grünhülsig ohne Fäden .....	Doppelte Holländische Prinzeß .....	1956
Gelbhülsig ohne Fäden .....	Quedlinburger Wachs Hella* .....	1956
Stangenbohnen		
Grünhülsig mit Fäden .....	Mombacher Speck .....	1957
Grünhülsig ohne Fäden .....	Weddigen .....	1956
Markerbsen .....	Alderman .....	1956
Schalerbsen .....	Saxa .....	1957
	Schnabel Großhülsige .....	1957
	Überreich .....	1957
	Vorbote .....	1957
Erdbeeren .....	Deutsch Evern .....	1958
	Luise .....	1956
Stachelbeeren .....	Katharina Ohlenburg .....	1956

\* = Einzelsorte (Hochzucht)

## § 7

„Letztmalig im Handel“ bedeutet, daß die Sorte nach dem 1. Juli des angegebenen Jahres nicht mehr im Handel erscheinen darf.

## § 8

Die Sortenliste — Ausgabe 1952 — wird mit den sich aus der vorliegenden Durchführungsbestimmung ergebenden Ergänzungen oder Änderungen als Sortenliste — Ausgabe 1953 — herausgegeben.

## § 9

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 20. Juni 1953

Ministerium für Land- und Forstwirtschaft

Reichelt  
Minister

Herausgeber: Regierungskanzlei der Deutschen Demokratischen Republik - Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, Michaelkirchstr. 17, Anruf 67 84 11 - Postscheckkonto: 1400 25 - Erscheinungsweise: Nach Bedarf - Fortlaufender Bezug: Nur durch die Post - Bezugspreis: Vierteljährlich 5.- DM einschließlich Zustellgebühr - Einzelausgabe 0,25 DM je Exemplar, nur vom Verlag oder durch den Buchhandel beziehbare - Druck: (125) Greif Graphischer Großbetrieb, Werk I, Berlin N 54 - Veröffentlicht unter der Lizenz-Nr. 1763 des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik

# GESETZBLATT

der  
Deutschen Demokratischen Republik

1953

Berlin, den 17. Juli 1953

Nr. 86

Tag	Inhalt	Seite
14. 7. 53	Preisverordnung Nr. 313. — Verordnung über die Handels- und Verbraucherpreise für frisches Gemüse und Obst .....	865
6. 7. 53	Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Neuregelung der freiwilligen Versicherungen in der Sozialversicherung .....	865
4. 7. 53	Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Rechte der Bürger im Verfahren der Erhebung von Abgaben .....	867
6. 7. 53	Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Aufstellung von Valutaplänen .....	869
8. 7. 53	Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die vereinfachte Erhebung der Körperschaftsteuer im Bereich der volkseigenen Wirtschaft .....	869
9. 7. 53	Verordnung über das Kehren von Schornsteinen und Rauchabzugsrohren und die Überprüfung der Feuersicherheit. — Kehrordnung — .....	870
9. 7. 53	Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über das Kehren von Schornsteinen und Rauchabzugsrohren und die Überprüfung der Feuersicherheit. — Kehrgebührenordnung .....	871

**Preisverordnung Nr. 313.**  
**Verordnung über die Handels- und Verbraucherpreise für frisches Gemüse und Obst.**  
**Vom 14. Juli 1953**

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit frischem Gemüse und Obst eine neue Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse für das Jahr 1953 beschlossen.

In Auswirkung dieses Beschlusses wird zur Entwicklung der Initiative des Handels folgendes bestimmt:

**§ 1**

Mit Wirkung vom 7. Juli 1953 tritt die Preisverordnung Nr. 306 vom 30. Mai 1953 — Verordnung über die Handels- und Verbraucherpreise für frisches Gemüse und Obst — (GBl. S. 787) in allen ihren Punkten und Nachträgen außer Kraft.

**§ 2**

Dem staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Groß- und Einzelhandel obliegt die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit frischem Gemüse und Obst zu frei sich bildenden Preisen.

**§ 3**

Diese Preisverordnung tritt mit Wirkung vom 8. Juli 1953 in Kraft.

Berlin, den 14. Juli 1953

**Ministerium für Handel und Versorgung**

Wach  
Minister

**Erste Durchführungsbestimmung**  
**zur Verordnung über die Neuregelung**  
**der freiwilligen Versicherungen in der**  
**Sozialversicherung.**

**Vom 6. Juli 1953**

Auf Grund des § 8 Abs. 1 der Verordnung vom 25. Juni 1953 über die Neuregelung der freiwilligen Versicherungen in der Sozialversicherung (GBl. S. 823) wird folgendes bestimmt:

**Zu § 1 der Verordnung**

**§ 1**

Die Erste Durchführungsbestimmung vom 25. März 1953 zur Verordnung über die Herausnahme der freiwilligen Versicherungen aus der Sozialversicherung (GBl. S. 465) wird außer Kraft gesetzt.

**Zu § 2 Abs. 1 und 2 der Verordnung**

**§ 2**

(1) Auf Grund der Verordnung vom 19. März 1953 über die Herausnahme der freiwilligen Versicherungen aus der Sozialversicherung (GBl. S. 463) bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt gestellte Anträge auf Weiterversicherung nach dem Sondertarif und ausgehändigte Versicherungsscheine sind ungültig.

(2) An die Deutsche Versicherungs-Anstalt nach dem Sondertarif gezahlte Beiträge werden von der Sozialversicherung oder von der Deutschen Versicherungs-Anstalt in voller Höhe angerechnet. Die Anrechnung erfolgt gegen Vorlage des Versicherungsscheines und der entsprechenden Beitragsquittungen.

(3) Im Sinne des § 2 Abs. 1 der Verordnung gehören zu den Ansprüchen, die aus einer früheren Pflichtversicherung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen erhoben werden können, nicht nur solche, die am 31. März 1953 bereits wirksam waren, sondern auch solche, die in Zukunft wirksam werden können. Treffen diese Voraussetzungen nicht zu, gilt § 2 Abs. 2 der Verordnung.

(4) Die Weiterführung der Versicherungen nach § 2 Abs. 1 der Verordnung erfordert die Wiederaufnahme der Beitragszahlung ab 1. April 1953 an die Sozialversicherung bis spätestens 31. Oktober 1953.

(5) Die Versicherung nach § 2 Abs. 2 der Verordnung bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt erfolgt auf Antrag, der bis zum 31. Oktober 1953 zu stellen ist. Diese Versicherung wird in dem bisherigen Versichertenausweis der Sozialversicherung bestätigt.

(6) Werden nach § 2 Abs. 2 der Verordnung bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt freiwillig versicherte Personen versicherungspflichtig, so gehen ihre Ansprüche gegen die Deutsche Versicherungs-Anstalt auf die Sozialversicherung über. Die Zeit der Versicherung bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt gilt für die Sozialversicherung als Versicherungszeit im Sinne des § 49 Abs. 4 der Verordnung über die Sozialpflichtversicherung vom 28. Januar 1947 (VSV).

(7) Für die nach § 2 Abs. 2 der Verordnung bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt freiwillig Versicherten gilt die Verordnung vom 25. Juni 1953 über die Erhöhung der Renten und der Sozialfürsorgeunterstützung (GBl. S. 822).

(8) Anträge auf Weiterversicherung nach dem Normaltarif der Deutschen Versicherungs-Anstalt auf Invaliden- und Altersrente, die auf Grund der Verordnung vom 19. März 1953 ohne Gesundheitsprüfung gestellt worden sind, und die hierzu ausgehändigten Versicherungsscheine sind ungültig.

(9) Personen, die nachweislich in Auswirkung der Verordnung vom 19. März 1953 einen Antrag auf eine Lebensversicherung nach den normalen Tarifen der Deutschen Versicherungs-Anstalt gestellt haben, können durch schriftliche Erklärung bis zum 31. Oktober 1953 von diesem Antrag zurücktreten.

(10) In den Fällen des Abs. 8 und bei Rücktritt nach Abs. 9 werden die an die Deutsche Versicherungs-Anstalt gezahlten Beiträge zurückgezahlt.

#### Zu § 2 Abs. 3 der Verordnung

##### § 3

(1) Die Pflichtversicherung von sechs Wochen darf nicht unterbrochen sein.

(2) Die freiwillige Versicherung muß innerhalb von sechs Monaten nach dem Ausscheiden aus der Pflichtversicherung auf dem vorgeschriebenen Vordruck bei der zuständigen Geschäftsstelle der Sozialversicherung beantragt werden. Die Zahlung der freiwilligen Beiträge muß rückwirkend vom Ausscheiden aus der Pflichtversicherung an erfolgen.

(3) Die Zahlung von Anwartschaftsgebühren muß spätestens zwei Jahre nach dem Ausscheiden aus der Pflichtversicherung aufgenommen werden. Die Zahlung der Gebühren muß rückwirkend vom Ausscheiden aus der Pflichtversicherung an erfolgen.

(4) Die Zahlung der Anwartschaftsgebühren kann auch dann aufgenommen werden, wenn durch die vorhergegangene Versicherung die Mindestwartezeit noch nicht erfüllt ist.

(5) Im Anschluß an eine freiwillige Versicherung muß die Zahlung von Anwartschaftsgebühren bei der letzten Beitragszahlung beantragt werden. Wird von der Zahlung der Anwartschaftsgebühren auf freiwillige Versicherung übergegangen, so ist der Beitrag in gleicher Höhe wie vor Entrichtung der Anwartschaftsgebühren festzusetzen. Ist in den Einkommensverhältnissen eine Änderung eingetreten, so erfolgt die Einstufung nach dem Einkommen.

(6) Die Fristen nach den Absätzen 2 und 3 gelten auch im Anschluß an den Bezug von Renten, Sozialfürsorgeunterstützung, Arbeitslosenunterstützung und im Anschluß an Zeiten der Inhaftierung.

#### Zu §§ 3 und 4 der Verordnung

##### § 4

(1) Die Deutsche Versicherungs-Anstalt führt ab 1. April 1953 einen einheitlichen Tarif für die freiwillige Versicherung für den Fall der Krankheit und der Mutterschaft (Krankheitskostenversicherung).

(2) Alle nach den verschiedenen Tarifen der früheren Landes-Versicherungs-Anstalten abgeschlossenen Krankenversicherungen der Deutschen Versicherungs-Anstalt enden am 31. März 1953. Sofern mit einer solchen Krankenversicherung eine selbständige, Sterbegeldversicherung verbunden war, kann die letztere fortgeführt werden. Es gelten die Allgemeinen Bedingungen für die Lebensversicherung mit der Abweichung, daß

- a) aus diesen Versicherungen kein Anspruch auf Rückvergütung besteht,
- b) das Recht auf Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung erst dann erworben wird, wenn die Beiträge mindestens bis zum 31. März 1955 gezahlt worden sind.

(3) Personen, deren Versicherungen bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt nach Abs. 2 enden und die keinen Anspruch auf Heilbehandlung bei der Sozialversicherung haben, können sich freiwillig nach dem Krankheitskostentarif des Abs. 1 ohne Gesundheitsprüfung und ohne Altersbegrenzung weiterversichern.

##### § 5

(1) Ansprüche auf Leistungen

- a) aus freiwilligen Versicherungen für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes bei der Sozialversicherung,
- b) aus Krankenversicherungen bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt, die nach den Tarifen der früheren Landes-Versicherungs-Anstalten abgeschlossen waren,

können gegenüber dem bisherigen Versicherungsträger — sofern sie von diesem nicht vor dem 31. März 1953 bereits genehmigt worden sind — nur für die Zeit bis 31. März 1953 geltend gemacht werden.

(2) Geldunterstützungen nach § 36 Abs. 5 der VSV für bis zum 31. März 1953 geborene Kinder werden von der Sozialversicherung bis zum Ablauf der Bezugszeit weitergezahlt.

(3) Für am 31. März 1953 noch nicht abgeschlossene Versicherungsfälle aus Krankenversicherungen der Deutschen Versicherungs-Anstalt werden Leistungen unter Beachtung der in den Versicherungsbedingungen und -Tarifen vorgesehenen Begrenzungen der Leistungsdauer und -höhe bis 30. Juni 1953 gewährt.

(4) Anträge auf Befriedigung von Ansprüchen gemäß Abs. 1 Buchst. b und Abs. 3 sind bis zum 31. Juli 1953 zu stellen.

## § 6

(1) Anträge auf Weiterversicherung nach § 3 Abs. 3 der Verordnung und § 4 Abs. 3 dieser Durchführungsbestimmung sind auf dem von der Deutschen Versicherungs-Anstalt herausgegebenen Antragsvordruck zu stellen.

(2) Bei Anträgen auf Weiterversicherung sind vorzulegen:

- a) der Versicherungsausweis der Sozialversicherung zum Nachweis der Beitragszahlung bis zum Ausscheiden aus der Sozialversicherung,
- b) die quitierte Beitragsrechnung der Deutschen Versicherungs-Anstalt für Monat März 1953.

(3) Wird der Nachweis nicht geführt, entfällt das Recht auf Weiterversicherung.

(4) Anträge auf Weiterversicherung gemäß § 3 Abs. 3 der Verordnung und § 4 Absätzen 2 und 3 dieser Durchführungsbestimmung sowie Anträge auf Weiterversicherung von Personen, deren Anspruch auf Heilbehandlung gegen die Sozialversicherung zwischen dem 1. April 1953 und dem 31. Juli 1953 endet, sind bis zum 31. August 1953 bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt zu stellen.

(5) Personen, deren Anspruch auf Heilbehandlung gegen die Sozialversicherung nach dem 31. Juli 1953 endet, können die Weiterversicherung bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt ohne Gesundheitsprüfung und ohne Altersbegrenzung innerhalb eines Monats beantragen.

## § 7

(1) Personen, die bis zum 31. März 1953 freiwillig

- a) auf Zusatzkrankengeld und Krankenhauszusatzgeld bei der Sozialversicherung,
- b) nach einem Krankentagegeld- oder Krankenhaus-tagegeldtarif bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt

versichert waren, werden auf Antrag ab 1. August 1953 ohne Gesundheitsprüfung in den neuen Krankentagegeldtarif der Deutschen Versicherungs-Anstalt aufgenommen unter der Voraussetzung, daß sie keinen Anspruch auf Krankengeld gegen die Sozialversicherung haben.

(2) Der Antrag ist bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt bis spätestens 30. September 1953 zu stellen.

## Zu § 5 der Verordnung

## § 8

Die Weiterführung der Versicherungen nach § 5 Abs. 2 der Verordnung erfordert die Wiederaufnahme der Beitragszahlung ab 1. April 1953 an die Sozialversicherung bis spätestens 31. Oktober 1953. Wird die Beitragszahlung nicht wieder aufgenommen, werden die geleisteten Beiträge von der Sozialversicherung bei der späteren Rentengewährung berücksichtigt.

## Zu § 6 der Verordnung

## § 9

(1) Alle bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt auf Grund des § 6 der Verordnung vom 19. März 1953 gestellten Anträge und hierzu ausgehändigte Versicherungsscheine für freiwillige Weiterversicherungen auf Sterbegeld sind ungültig.

(2) Hierfür an die Deutsche Versicherungs-Anstalt gezahlte Beiträge oder von dieser gewährte Leistungen werden von der Sozialversicherung angerechnet. Die Anrechnung der Beiträge erfolgt gegen Vorlage des Versicherungsscheines und der entsprechenden Beitragsquittungen.

(3) Die Weiterführung der Versicherungen nach § 6 Abs. 2 der Verordnung erfordert die Wiederaufnahme der Beitragszahlung ab 1. April 1953 an die Sozialversicherung bis spätestens 31. Oktober 1953.

## Zu § 7 der Verordnung

## § 10

Die Abrechnung über die Fehlbeträge erfolgt am Schluß eines jeden Kalenderjahres, doch sind der Deutschen Versicherungs-Anstalt zur Bestreitung der Ausgaben vierteljährlich angemessene, im voraus zahlbare Teilbeträge zur Verfügung zu stellen.

## Zu § 8 der Verordnung

## § 11

Die Sozialversicherung und die Deutsche Versicherungs-Anstalt veröffentlichen in der Tagespresse und durch Aushänge in ihren Geschäftsstellen die Sprech-tage, an denen die Umstellung der freiwilligen Versicherungen auf Invaliden- und Altersrente durchgeführt wird.

## § 12

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit Wirkung vom 1. April 1953 in Kraft.

Berlin, den 6. Juli 1953

Ministerium der Finanzen

I. V.: Rumpf  
Staatssekretär

**Erste Durchführungsbestimmung  
zur Verordnung über die Rechte der Bürger  
im Verfahren der Erhebung von Abgaben.**

Vom 4. Juli 1953

Auf Grund des § 11 der Verordnung vom 13. November 1952 über die Rechte der Bürger im Verfahren der Erhebung von Abgaben — Nachprüfungsverfahren der Abgabenverwaltung (GBl. S. 1211) wird folgendes bestimmt:

## § 1

(1) Volkseigene Betriebe können Einspruch, Beschwerde oder Berufung (im folgenden Nachprüfungsanträge genannt) nach der Verordnung vom 13. November 1952 einlegen, soweit gesetzliche Bestimmungen über die Besteuerung der volkseigenen Wirtschaft kein anderes Nachprüfungsverfahren vorsehen (z. B. § 7 der 1. UStDB — VEW vom 19. März 1953 [GBl. S. 457]).

(2) Das Recht, gegen die im § 2 der Verordnung vom 13. November 1952 näher bezeichneten Bescheide oder Feststellungen der Abgabenorgane Nachprüfungsanträge zu stellen, wird auch Genossenschaften, Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften sowie Ausländern und Staatenlosen eingeräumt, soweit sie durch solche Bescheide oder Feststellungen betroffen werden.

## § 2

(1) Die Verordnung vom 13. November 1952 findet im vollen Umfange auch im Verfahren der Erhebung von Gemeindesteuern Anwendung.

(2) Der Einspruch gegen die Festsetzung von Gemeindesteuern (Gemeindesteuerbescheid) ist unbeschadet dessen, daß die Festsetzung durch den Rat der Gemeinde bzw. den Rat der Stadt erfolgt, entsprechend § 3 der Verordnung vom 13. November 1952 beim Leiter der Abteilung Finanzen des Rates des Kreises einzu-legen. Der Rat des Kreises entscheidet über den Einspruch. Die weiteren Bestimmungen der Verordnung vom 13. November 1952 gelten entsprechend.

(3) Für das Nachprüfungsverfahren in Gemeindesteuerangelegenheiten sind Gebühren nach der Gebührenordnung vom 24. Februar 1953 für das Nachprüfungsverfahren der Abgabenverwaltung (GBl. S. 388) unter Beachtung der Änderung vom 6. Juli 1953 (GBl. S. 863) zu erheben.

## § 3

(1) Bescheide im Sinne des § 2 Buchst. a der Verordnung vom 13. November 1952 sind neben Steuerbescheiden auch Einheitswert-, Feststellungs-, Berichtigungs-, Haftungs-, Abrechnungs-, Erstattungs-, Zerlegungs- und Zurechnungsbescheide sowie Bescheide über Strafzuschläge.

(2) Bescheide im Sinne des § 2 der Verordnung vom 13. November 1952 sind dagegen nicht: Bescheide, mit denen Verspätungszuschläge oder Verzugszuschläge festgesetzt werden, sowie Bescheide und Verfügungen der Unterabteilungen Abgaben der Räte der Kreise in Zwangsbeitreibungssachen und Arrestsachen und sonstige Verfügungen der Unterabteilungen Abgaben, die nicht die Festsetzung von Abgaben enthalten (z. B. Ablehnung eines Antrages auf Zulassung als Helfer in Steuersachen).

(3) Gegen Entscheidungen der Unterabteilungen Abgaben der Räte der Kreise über Anträge auf Erlaß oder Stundung von Abgabensforderungen, von Forderungen in Preissachen sowie von Forderungen an Sozialversicherungsbeiträgen sind Einspruch, Beschwerde bzw. Berufung auf Grund der Verordnung vom 13. November 1952 und dieser Durchführungsbestimmung nicht zulässig.

## § 4

(1) Die Betroffenen haben die Möglichkeit, sich gegen die im § 3 Abs. 2 dieser Durchführungsbestimmung genannten Bescheide und Verfügungen binnen 14 Tagen bei der Unterabteilung Abgaben des Rates des Kreises zu beschweren, die den Bescheid bzw. die Verfügung erlassen hat. Über die Beschwerde entscheidet, sofern die Unterabteilung Abgaben des Rates des Kreises nicht abhelfen will, die Unterabteilung Abgaben des Rates des Bezirkes endgültig.

(2) Für Beschwerdeentscheidungen nach Abs. 1 sind Gebühren nach § 5 der Gebührenordnung vom 24. Februar 1953 unter Beachtung der Änderung vom 6. Juli 1953 (GBl. S. 863) zu erheben.

## § 5

(1) Eine Beschwerde oder Berufung gemäß § 4 bzw. § 5 der Verordnung vom 13. November 1952 ist über den Rat des Kreises, Abteilung Finanzen, einzulegen.

(2) Die Frist des § 4 Abs. 3 bzw. des § 5 Abs. 3 der Verordnung vom 13. November 1952 ist gewahrt, wenn die begründete Beschwerde oder die Berufung innerhalb der Monatsfrist beim Leiter der Abteilung Finanzen des Rates des Kreises eingegangen ist.

(3) Die Fristen der §§ 3 bis 5 der Verordnung vom 13. November 1952 für die Einlegung von Nachprüfungsanträgen sind Ausschlussfristen. Mit dem Nachprüfungsantrag muß gleichzeitig die Begründung des Antrages eingereicht werden.

## § 6

\*Wird ein von der Unterabteilung Abgaben des Rates des Kreises für ein beantragtes Nachprüfungsverfahren festgesetzter Gebührenvorschuß innerhalb 14 Tagen nach Aufforderung zur Zahlung, nicht gezahlt, so ist der Nachprüfungsantrag ohne sachliche Prüfung gebührenpflichtig zurückzuweisen.

## § 7

(1) Nachprüfungsanträge sind schriftlich einzulegen; nur in Ausnahmefällen können sie bei der zuständigen Unterabteilung Abgaben des Rates des Kreises zu Protokoll erklärt werden.

(2) Wird ein Nachprüfungsantrag durch einen Beauftragten oder Bevollmächtigten eingelegt, so hat dieser, soweit es sich nicht um einen gesetzlichen Vertreter handelt, mit dem Antrag eine Vollmacht einzureichen. Das gilt auch dann, wenn es sich, soweit Abgabensachen in Betracht kommen, bei dem Bevollmächtigten um einen zugelassenen Helfer in Steuersachen oder Steuerberater handelt.

(3) Das für die Nachprüfung zuständige Organ entscheidet darüber, ob und inwieweit es durch den Antragsteller benannte Zeugen oder Sachverständige innerhalb des Verfahrens in mündlicher Verhandlung hört.

(4) Der Antragsteller hat keinen Anspruch auf Einsichtnahme in die für das Verfahren bedeutsamen Akten der Unterabteilung Abgaben.

(5) Soweit es im Rahmen des Nachprüfungsverfahrens erforderlich wird, kann das über den Nachprüfungsantrag entscheidende staatliche Organ von dem Antragsteller Beweise für seine Erklärungen oder Behauptungen anfordern.

(6) Mit der Entscheidung über einen Nachprüfungsantrag müssen dem Antragsteller mitgeteilt werden: die Gründe für die Entscheidung und die Entscheidung über den Umfang der Gebührenpflicht. Über die nach der Verordnung vom 13. November 1952 weiter in Betracht kommenden Nachprüfungsmöglichkeiten ist der Antragsteller zu unterrichten.

(7) Ein Nachprüfungsantrag kann bis zur Bekanntgabe der Entscheidung schriftlich oder durch Erklärung zu Protokoll bei der Unterabteilung Abgaben des Rates des Kreises zurückgenommen werden. Für den durch den Antrag bis zur Zurücknahme verursachten Verwaltungsaufwand ist in der Regel die Hälfte der nach den Bestimmungen der Gebührenordnung vom 24. Februar 1953 festzusetzenden Gebühr zu erheben.

(8) Hat ein Antragsberechtigter nach Bekanntgabe eines Bescheides oder einer Entscheidung den Verzicht auf Nachprüfungsanträge schriftlich erklärt, so ist er an diese Erklärung gebunden.

## § 8

Eingaben, die als Nachprüfungsanträge nach der Verordnung vom 13. November 1952 oder als Beschwerden nach § 4 dieser Durchführungsbestimmung anzusehen sind, sind nicht Vorschläge und Beschwerden im Sinne der Verordnung vom 6. Februar 1953 über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werk tätigen (GBl. S. 265).

## § 9

Durch die Verordnung vom 13. November 1952 sind insbesondere überholt die Rechtsmittelbestimmungen der Abgabenordnung, die Bestimmungen der §§ 28 bis 32 der Preisstrafrechts-Verordnung, die bisherigen Rechtsmittelbestimmungen bezüglich der Feststellung der Versicherungspflicht und der Beitragsfestsetzung zur Sozialversicherung sowie die Bestimmung des Art. 10 Abs. 3 der StRVO.

## § 10

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. Juli 1953

Ministerium der Finanzen  
Schmidt  
Stellvertreter des Ministers

**Erste Durchführungsbestimmung  
zur Verordnung über die Aufstellung von  
Valutaplänen.**

**Vom 6. Juli 1953**

Auf Grund des § 7 der Verordnung vom 17. Juli 1952 über die Aufstellung von Valutaplänen (GBl. S. 616) wird folgendes bestimmt:

**I. Aufteilung des Valutaplanes auf Quartale**

**§ 1**

Die Ministerien, Staatssekretariate, diesen gleichgestellte Institutionen und gesellschaftliche Organisationen werden beauftragt, ihre Valutapläne quartalsweise aufzugliedern.

**§ 2**

Die Aufgliederung ist innerhalb eines Monats nach Überreichung des bestätigten Valutaplanes dem Ministerium der Finanzen zur Bestätigung vorzulegen.

**II. Einführung eines monatlichen Kassenplanes  
für Valutabewegungen**

**§ 3**

Zur Verbesserung der Valutabereitstellung und zur sparsameren Ausnutzung des Valutafonds sind für alle in § 1 der obengenannten Verordnung vom 17. Juli 1952 benannten Einrichtungen monatliche Kassenpläne für die Valutabewegungen aufzustellen.

**§ 4**

Die Kassenpläne für die Valutabewegungen sind bis zum 18. des Vormonats, erstmalig bis zum 18. August 1953 für den Monat September, durch die in § 2 Absätzen 3 und 4 der Verordnung vom 17. Juli 1952 benannten Stellen dem Ministerium der Finanzen zur Bestätigung einzureichen.

**§ 5**

Die Aufstellung der Quartalspläne gemäß § 1 erfolgt auf Vordruck P. V. 2, die Aufstellung der monatlichen Kassenpläne gemäß § 3 auf Vordruck P. V. 1 in je dreifacher Ausfertigung.\*

**§ 6**

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. Juli 1953

**Ministerium der Finanzen**

I. V.: Rumpff  
Staatssekretär

\* Vordrucke P. V. 1 und P. V. 2 sind vom Ministerium der Finanzen anzufordern.

**Zweite Durchführungsbestimmung\*  
zur Verordnung über die vereinfachte Erhebung  
der Körperschaftsteuer im Bereich der volkseigenen  
Wirtschaft.**

**Vom 8. Juli 1953**

Auf Grund des § 6 der Verordnung vom 30. April 1953 über die vereinfachte Erhebung der Körperschaftsteuer im Bereich der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 653) wird folgendes bestimmt:

\* 1. Durchfb. (GBl. S. 654)

**I. Abrechnung der Körperschaftsteuer  
für volkseigene Feldbaugüter**

**§ 1**

(1) Die volkseigenen Feldbaugüter haben die gemäß § 6 der Ersten Durchführungsbestimmung vom 30. April 1953 zur Verordnung über die vereinfachte Erhebung der Körperschaftsteuer im Bereich der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 654) vorgeschriebene Abrechnung mit Finanzbericht FML (VEG) nur zum 15. November, 15. Dezember und 15. Januar an die zuständige Abgabenbehörde einzureichen.

(2) Die Körperschaftsteuer ist zu den gleichen Terminen nach dem Isjsergebnis abzuführen. Eine Abführung von Körperschaftsteuerplanraten zu den übrigen Terminen entfällt.

(3) Für die Abrechnung auf Grund des Kontrollberichts per 31. Dezember gelten die Vorschriften der Ersten Durchführungsbestimmung.

**§ 2**

(1) Volkseigene Feldbaugüter im Sinne dieser Durchführungsbestimmung sind volkseigene Güter mit einem Anteil der Erlöse aus pflanzlichen Erzeugnissen von mindestens 60 % des gesamten Außenumsatzes (Erlöse aus Verkäufen).

(2) Diese Durchführungsbestimmung gilt nicht für alle übrigen volkseigenen Güter, z. B.

volkseigene Gärtnereien,

volkseigene Gestüte,

volkseigene Pelztierfarmen,

volkseigene Weinbaubetriebe mit angeschlossenen Keltereien.

**II. Abrechnung der Körperschaftsteuer  
bei Saisonbetrieben**

**§ 3**

(1) Volkseigene Betriebe mit ausgesprochenem Saisoncharakter haben ihre Körperschaftsteuer-Abrechnung gemäß den Vorschriften der Ersten Durchführungsbestimmung zur Verordnung vorzunehmen.

(2) Diese Betriebe sind berechtigt, vor der Ermittlung der Körperschaftsteuer die planmäßige Ergebnisminderung des folgenden Monats von dem im Finanzbericht FM oder im Kontrollbericht ausgewiesenen Ergebnis abzusetzen.

**§ 4**

Die Abrechnung nach Abschnitt II dieser Durchführungsbestimmung kann nur nach vorheriger Genehmigung durch die zuständige Unterabteilung Abgaben des Rates des Kreises vorgenommen werden.

**Schlußbestimmung**

**§ 5**

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1953 in Kraft.

Berlin, den 8. Juli 1953

**Ministerium der Finanzen**

Schmidt

Stellvertreter des Ministers

**Verordnung  
über das Kehren von Schornsteinen und Rauch-  
abzugsrohren und die Überprüfung  
der Feuersicherheit  
— Kehrordnung —**

Vom 9. Juli 1953

Die auf dem Gebiet des Schornsteinfegerwesens noch bestehenden unterschiedlichen landesrechtlichen Vorschriften erschweren sowohl für die Organe der Staatsmacht als auch für die im Schornsteinfegerhandwerk arbeitenden Werkstätten die Durchführung ihrer Aufgaben. Um die notwendige Feuersicherheit zu gewährleisten und den im Schornsteinfegerhandwerk tätigen Werkstätten Voraussetzungen für eine ihren Leistungen und ihrer Verantwortlichkeit entsprechende Lohnregelung zu schaffen, wird deshalb folgendes verordnet:

§ 1

**Kehrzwang**

Eigentümer sowie gesetzlich, vertraglich, durch Verwaltungsakt oder gerichtliche Maßnahmen bestellte Vertreter des Eigentümers bzw. Verwalters — nachstehend kurz als Verantwortliche bezeichnet — von Grundstücken, auf welchen sich Feuerstätten befinden, haben deren Schornsteine, bei gewerblich genutzten Feuerstätten die gemauerten Rauchabzugsrohre (keine Ofenrohre), Schwibbögen sowie gewerblich genutzte Räucherammern durch den zuständigen Bezirks-schornsteinfegermeister reinigen und ihre Feuersicherheit prüfen zu lassen.

§ 2

**Kehrfolge**

(1) Die Reinigung aller dem Kehrzwang unterliegenden Schornsteine und gemauerten Rauchabzugsrohre,

- a) an denen nur Öfen (einschließlich Stockwerksheizungen) mit gewöhnlicher Feuerung angeschlossen sind, hat  
jährlich mindestens vier-, höchstens fünfmal,
- b) an denen Kochherde, Wascherde, Badofen, Heizungskessel (außer Stockwerksheizungen), Räucherammern und gewerbliche Feuerstätten angeschlossen sind, hat  
jährlich mindestens sechs-, höchstens achtmal,
- c) an denen größere gewerbliche Feuerstätten (wie Bäckereien, Fleischereien, Warmwasserversorgungen, Tischlereien, Gaststätten, Brauereien, Waschanstalten und gleichgelagerte Betriebe) angeschlossen sind, hat  
jährlich zwölfmal,
- d) an denen Gasfeuerstätten (TVR) angeschlossen sind, hat  
jährlich zweimal

zu erfolgen.

(2) Alle gewerblich genutzten Räucherammern sind jährlich einmal zu reinigen.

(3) Wird ein Schornstein für mehrere Feuerstätten verschiedener Art zugleich benutzt, so ist für die Anzahl der jährlich vorzunehmenden Kehrunge die Art der Feuerstätte maßgebend, für die die höhere Anzahl an Kehrunge festgesetzt ist.

(4) Der Rat des Bezirkes hat nach Anhörung der Berufsvertretung der Schornsteinfeger für den gesamten Bezirk oder für Teile des Bezirkes einheitlich die genaue Anzahl der Kehrunge und ihre zeitliche Reihenfolge festzusetzen. Die Anzahl der Kehrunge darf die in den Absätzen 1 und 2 festgelegte Mindest- und Höchstzahl der Kehrunge nicht unter- oder überschreiten,

(5) Eine öftere Reinigung im Einzelfall kann vom Rat des Kreises auf Antrag des Bezirksschornsteinfegermeisters angeordnet werden, wenn die besondere Beschaffenheit der Schornsteine oder eine stärkere Benutzung derselben im Interesse der allgemeinen Feuersicherheit es erfordern.

§ 3

**Befreiung vom Kehrzwang**

(1) Freistehende Schornsteine nach DIN 1056 unterliegen nicht dem Kehrzwang. Ihre regelmäßige Reinigung kann jedoch vom Rat des Kreises angeordnet werden.

(2) Schornsteine, an denen keine Feuerstätten angeschlossen sind, unterliegen nicht dem Kehrzwang.

§ 4

**Feuerstättenschau**

(1) Alle vier Jahre hat der Bezirksschornsteinfegermeister oder sein Stellvertreter in seinem gesamten Bezirk eine Feuerstättenschau durchzuführen.

(2) Die bei der Feuerstättenschau festgestellten Mängel an Schornsteinen und Feuerungsanlagen sind den Verantwortlichen der Grundstücke schriftlich mitzuteilen. Diese sind zur Beseitigung der Mängel in der vom Bezirksschornsteinfegermeister gestellten angemessenen Frist verpflichtet.

(3) Der Bezirksschornsteinfegermeister kontrolliert nach Ablauf der gesetzten Frist an Ort und Stelle, ob die bei der Feuerstättenschau festgestellten Mängel behoben sind.

(4) Sind die Mängel nach Ablauf der gesetzten Frist noch vorhanden, ist vom Bezirksschornsteinfegermeister dem Rat des Kreises Mitteilung zu geben. Dieser kann dem Verantwortlichen eine Frist für die Beseitigung des Mangels stellen und für den Fall, daß der Verantwortliche schuldhaft diese Frist nicht einhält, Geldstrafe bis zu 150,— DM androhen oder verhängen.

§ 5

**Ausbrennen und Austrocknen**

(1) Schornsteine, die Ruß angesetzt haben, der mit den gebräuchlichen Kehrgeräten nicht beseitigt werden kann, müssen ausgebrannt werden.

(2) Die Feststellung der Notwendigkeit des Ausbrennens trifft der Bezirksschornsteinfegermeister. Einsprüche gegen eine angeordnete Ausbrennung eines Schornsteines entscheidet der Rat des Kreises.

(3) Von der Ausbrennung eines Schornsteines hat der Bezirksschornsteinfegermeister dem zuständigen Kommando der Berufsfeuerwehr mindestens 24 Stunden vorher unter Angabe des genauen Termins der Ausbrennung Mitteilung zu geben. Dieses hat eine Feuersicherheitswache mit kleinem Löschgerät zu stellen, falls der Bezirksschornsteinfegermeister eine solche für erforderlich hält.

(4) Das Austrocknen von Schornsteinen geschieht in gleicher Weise.

§ 6

**Roh- und Gebrauchsabnahme**

(1) Die Prüfung und Begutachtung der Schornsteine und gemauerten Rauchabzugsrohre nach den baupolizeilichen Bestimmungen für die Roh- und Gebrauchsabnahme darf nur der Bezirksschornsteinfegermeister selbst oder sein Stellvertreter vornehmen.

(2) Die Prüfungen müssen zweimal erfolgen. Die Rohbauabnahme hat spätestens im Zeitpunkt der Rohbauabnahme durch die Bauaufsicht, die Gebrauchs-

abnahme nach der Vollendung des Neu- oder Umbaus und noch vor Ingebrauchnahme der Feuerstätten und nach Anbringung der erforderlichen Schutzvorrichtungen stattzufinden.

(3) Der Zeitpunkt der jeweiligen Abnahme ist von dem Bauauftraggeber dem Bezirksschornsteinfegermeister mitzuteilen, soweit zwischen dem Bauauftraggeber und dem Bauausführenden keine anderen Abmachungen getroffen worden sind.

(4) Das Prüfungsergebnis ist vom Bezirksschornsteinfegermeister dem Rat des Kreises schriftlich bekanntzugeben.

#### § 7

##### Unfall- und Brandverhütung

(1) Zur Verhütung von Unfällen sind von den für die Grundstücke Verantwortlichen trittfeste und gegen Abgleiten gesicherte Leitern zur Besteigung der Dächer und zur Verhütung von Bränden feuersichere Behälter zur Aufnahme des Rußes an den dafür vom Bezirksschornsteinfegermeister zu bestimmenden Stellen beizustellen.

(2) Die Schornsteinreinigungsverschlüsse sind freizuhalten, damit eine ungehinderte Rußentnahme möglich ist. Schornsteinreinigungsverschlüsse dürfen nicht in Kellerverschlägen liegen.

#### § 8

##### Mitwirkungspflicht

Dem Bezirksschornsteinfegermeister, seinem Stellvertreter, seinen Gesellen und Lehrlingen sind die für die Durchführung ihrer Arbeiten in Anspruch zu nehmenden Räume zugänglich zu halten und erforderlichenfalls zu beleuchten.

#### § 9

##### Bekanntgabe der Zeiten

Der Bezirksschornsteinfegermeister ist verpflichtet, den Zeitpunkt der Kehrunen und Feuerstättenschauen mindestens 24 Stunden vorher in ortsüblicher Weise bekanntzugeben.

#### § 10

##### Mitteilungen über Veränderungen

Jede beabsichtigte Veränderung an Schornsteinen und Feuerstätten ist von dem für das Grundstück Verantwortlichen dem Bezirksschornsteinfegermeister vorher mitzuteilen.

#### § 11

##### Nebenarbeiten

Der Bezirksschornsteinfegermeister kann auf Verlangen alle sonstigen einschlägigen beruflichen Arbeiten (wie Reinigung von freistehenden Fabrikschornsteinen, der Züge und Fische von Dampfkesselanlagen, der Zentralheizungskessel, Darren und Kochanlagen, ferner das Reinigen von Schornsteinaufsätzen, soweit tatsächlich ein besonderer Arbeitsaufwand damit verbunden ist, Freimachung verstopfter Schornsteine sowie Beseitigung von feuergefährlichen Mängeln an Schornsteinanlagen, Reinigen von Rauchabzugsrohren und Abgasrohren) ausführen.

#### § 12

##### Strafbestimmungen

Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Bestimmungen dieser Verordnung verstößt und dadurch die Feuersicherheit gefährdet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft, soweit nach anderen Bestimmungen keine höhere Strafe verwirkt ist.

#### § 13

##### Schlußbestimmungen

Das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den zuständigen Regierungsorganen und dem Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie nach Anhören der Berufsvertretung der Schornsteinfeger auf der Grundlage dieser Kehrordnung die Kehrgebühren neu festzusetzen und Durchführungsbestimmungen zu erlassen.

#### § 14

(1) Diese Verordnung tritt mit Ausnahme des § 12 mit Wirkung vom 1. Juli 1953 in Kraft. § 12 tritt mit Verkündung in Kraft.

(2) Mit Wirkung vom 30. Juni 1953 treten alle bisher geltenden Kehrordnungen außer Kraft.

Berlin, den 9. Juli 1953

##### Die Regierung

##### der Deutschen Demokratischen Republik

Der Ministerpräsident	Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten
Grotewohl	Hegen Staatssekretär

##### Erste Durchführungsbestimmung

zur Verordnung über das Kehren von Schornsteinen und Rauchabzugsrohren und die Überprüfung der Feuersicherheit.

##### — Kehrgebührenordnung —

##### Vom 9. Juli 1953

Zur Herbeiführung einer einheitlichen Gebührenerregulierung auf dem Gebiet des Schornsteinfegerwesens wird auf Grund des § 13 der Verordnung vom 9. Juli 1953 über das Kehren von Schornsteinen und Rauchabzugsrohren und die Überprüfung der Feuersicherheit (GBl. S. 870) im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen, der Staatlichen Plankommission, dem Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und nach Anhören der Berufsvertretung der Schornsteinfeger folgendes bestimmt:

#### § 1

(1) In der Deutschen Demokratischen Republik werden

- a) in den Städten über 100 000 Einwohner,
- b) in allen anderen Städten und Gemeinden sowie in den Randkehrgebieten von Großstädten mit offener Bauweise unterschiedliche Gebühren erhoben.

(2) Die Randkehrgebiete der Großstädte mit offener Bauweise werden von den Räten der Bezirke im Einvernehmen mit den Berufsgruppenvertretungen festgelegt.

#### § 2

(1) Für das einmalige Reinigen der Schornsteine und gemauerten Rauchabzugsrohre, die dem Kehrzwang unterliegen, werden folgende Gebühren erhoben:

Schornsteine	In den Städten über 100 000 Einwohner		In allen anderen Städten und Gemeinden sowie in den Randkehrgebieten von Großstädten mit offener Bauweise	
	1. Ge- schoß	jed. weit. Geschoß	1. Ge- schoß	jed. weit. Geschoß
bis 450 cm <sup>3</sup>	—,35	—,05	—,45	—,05
450 bis 1400 cm <sup>3</sup>	—,35	—,10	—,45	—,10
1400 bis 3600 cm <sup>3</sup>	—,70	—,10	—,90	—,10

(2) Die Reinigung stehender Züge von Hausbrandfeuerstätten bei besteigbaren Schornsteinen ist mit der Gebühr für die Reinigung der Schornsteine mit abgegolten.

(3) Für das einmalige Reinigen von Schornsteinen, an denen gewerbliche Feuerstätten, Zentral- bzw. Sammelheizungen angeschlossen sind, wird das Doppelte der unter Abs. 1 aufgeführten Gebühren erhoben.

(4) Für das einmalige Reinigen geschleifter Schornsteine, die von mehreren Stellen geleint oder durchgestoßen werden müssen, oder von Schornsteinen, die nur unter schwersten Bedingungen gekehrt werden können, wird ein Zuschlag von 50 % erhoben.

(5) Für das einmalige Reinigen von Schornsteinen über 3600 cm<sup>2</sup> lichte Weite und solcher Schornsteine, die dem Kehrzwang nicht unterliegen, werden die Gebühren auf der Grundlage

halber Umfang der inneren Schornsteinmitte =  
Pfennige × Schornsteinmeterhöhe  
errechnet.

(6) Die Mindestgebühr für das einmalige Reinigen der Schornsteine in einem Gebäude beträgt 0,85 DM.

### § 3

Für die Feuerstättenschau ist für jeden (auch unbenutzten) Schornstein eine Gebühr von 0,75 DM zu zahlen.

### § 4

(1) Für das Ausbrennen und Austrocknen von Schornsteinen, gemauerter und sonstiger Rauchabzugsrohre sowie für Arbeiten und Untersuchungen auf Sonderbestellung ist der tarifliche Stundenlohn für Stellvertreter, Gesellen oder Lehrlinge plus einem Gemeinkostenzuschlag von 85 % zu erheben.

(2) Das Brennmaterial ist vom Besteller der Arbeiten kostenlos zur Verfügung zu stellen.

### § 5

(1) Für das Prüfen der Schornsteine zur Roh- und Gebrauchsabnahme ist eine Grundgebühr von 2,— DM und für jeden Schornstein ein weiterer Betrag von 1,50 DM zu erheben.

(2) Das Ausstellen der erforderlichen Bescheinigungen ist damit abgegolten.

### § 6

(1) Für das einmalige Reinigen gemauerter Rauchabzugsrohre, die nicht bestiegen werden können und an denen gewerbliche Feuerstätten, Heizungen oder Warmwasserheizungen angeschlossen sind, ist eine Gebühr von 0,50 DM für das laufende Meter zu zahlen.

(2) Die Gebühren für das Reinigen besteigbarer gemauerter Rauchabzugsrohre werden in sinngemäßer Anwendung des § 2 Abs. 4 errechnet. Die Mindestgebühr beträgt 1,50 DM.

(3) Für das Reinigen von Schwibbögen ist eine Gebühr von 0,50 DM zu zahlen.

(4) Ist das Reinigen gemauerter Rauchabzugsrohre mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, wird die Gebühr in sinngemäßer Anwendung des § 4 Abs. 1 errechnet.

### § 7

(1) Für das Reinigen einer gemauerten Räucher- kammer werden für das Quadratmeter 0,50 DM berechnet.

(2) Die Mindestgebühr für das Reinigen einer gemauerten Räucher- kammer beträgt 5,— DM.

(3) Bei Räucher- kammern aus Stahlblech entfällt die Mindestgebühr.

### § 8

(1) Für Ausbauten, die mindestens 2 km vom Ort entfernt liegen und nicht mehr als 20 Schornsteine haben, ist pro Kilometer eine Gebühr von 0,50 DM zu erheben.

(2) Die Gebühr ist nur einmal zu berechnen und auf die einzelnen Grundstücke anteilmäßig aufzuteilen.

### § 9

Muß die ordnungsmäßig angekündigte Reinigung oder Feuerstättenschau durch Verschulden oder auf Veranlassung der Verantwortlichen der Grundstücke oder der Mieter verschoben werden, so gilt die nachzuholende Reinigung oder Feuerstättenschau als besondere Bestellung. Für die verschobene Reinigung oder Feuerstättenschau sind für den eingetretenen Zeitausfall die Gebühren in sinngemäßer Anwendung des § 4 Abs. 1 zu berechnen.

### § 10

Für Kehrarbeiten, die auf Verlangen  
im Sommer vor 7 Uhr und nach 16 Uhr,  
im Winter vor 8 Uhr und nach 16 Uhr  
sowie an Sonn- und Feiertagen  
ausgeführt werden, ist ein Zuschlag von 100 % zu zahlen.

### § 11

(1) Als Geschoß im Sinne dieser Kehrgebührenordnung gelten auch Keller- und Dachgeschosse.

(2) Bei Dachgeschossen gelten je drei angefangene Meter, vom Fußboden bis zur Ausmündung des Schornsteines gemessen, als ein Geschoß.

(3) Bei freistehenden Schornsteinen sowie Schornsteinen in Fabrikhallen, Güterböden, Kirchen und ähnlichen Gebäuden zählen ebenfalls je drei angefangene Meter als ein Geschoß.

### § 12

(1) Die Kehrgebühr ist im Jahresbetrag zu errechnen und in Teilbeträgen durch den Verantwortlichen des Grundstückes zu entrichten.

(2) Die Gebühr wird nach erfolgter Arbeitsleistung fällig. Bei Bezahlung der Kehrgebühren ist eine Quittung auszuhändigen.

(3) Die Gebührenschuld ist eine Bringeschuld. Etwaige Portoauslagen für die Einziehung der fällig gewordenen Gebühr trägt der Verantwortliche des Grundstückes.

(4) Über Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Entrichtung von Kehrgebühren entscheidet das zuständige Gericht. Wird die Frage streitig, ob ein Kehrzwang bestand, so ist das Gericht an die Entscheidung des zuständigen Rates des Kreises gebunden.

### § 13

(1) Diese Durchführungsbestimmung tritt mit dem 1. Juli 1953 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten alle bisher geltenden Kehrgebührenordnungen außer Kraft.

### Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten

Hegen  
Staatssekretariat

Herausgeber: Regierungskanzlei der Deutschen Demokratischen Republik — Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, Michaelstr. 17, Anruf 67 64 11 — Postscheckkonto: 1400 25 — Erscheinungsweise: Nach Bedarf — Fortlaufender Bezug: Nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich 5,— DM einschließlich Zustellgebühr — Einzelausgabe 0,25 DM je Exemplar, nur vom Verlag oder durch den Buchhandel beziehbare — Druck: (125) Greif Graphischer Großbetrieb, Werk I, Berlin N 54 — Veröffentlicht unter der Lizenz-Nr. 1763 des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik